

Protokoll:	Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	55
		TOP:	2
Verhandlung		Drucksache:	1017/2021
		GZ:	
Sitzungstermin:	10.12.2021		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Thürnau		
Berichterstattung:	Herr Kohlmeyer, Herr Diederich (beide S/OB Klimaschutz)		
Protokollführung:	Herr Haupt / pö		
Betreff:	Stuttgarter Klima-Innovationsfonds: Förderlinie "Efeu" für naturbasierte Innovationen zur Klimafolgenanpassung		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 25.11.2021, GRDRs 1017/2021, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Weiterentwicklung des Aktionsprogramms Klimaschutz die Förderung von naturbasierten Innovationen zur Anpassung an Klimafolgen mit einer Fördersumme von insgesamt 3 Mio. EUR zu berücksichtigen. Die neue Förderlinie "Efeu" wird im Rahmen der "Förderrichtlinie Stuttgarter Klima-Innovationsfonds - für eine klimagerechte Stadt" vergeben. Aufgrund der Aufnahme dieser neuen Förderlinie wird die Richtlinie, wie aus Anlage 1 ersichtlich, neu gefasst.
2. Die Nichtregierungsorganisation The Nature Conservancy in Europe gemeinnützige GmbH (TNC Europe) mit Sitz in Berlin kann einen Anteil in Höhe von 750.000 Euro (25 %) zu der Förderlinie "Efeu" beitragen. Die Stabsstelle Klimaschutz im Referat Strategische Planung und Nachhaltige Mobilität wird beauftragt, mit TNC Europe eine Kooperationsvereinbarung zur gemeinsamen Umsetzung der Förderlinie "Efeu" zu schließen. TNC Europe wird für die Begleitung eigene Personalkapazität einbringen, die im Sinne eines Co-Workings in den Büros der Stabsstelle Klimaschutz eingebunden wird.

3. Die Aufwendungen in Höhe von 2.250.000 EUR werden im Teilergebnishaushalt 810 - Bürgermeisteramt, Amtsbereich 8107015 - Referat Strategische Planung und Nachhaltige Mobilität, Kontengruppe 42510 - Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen gedeckt. Der Aufwand wird über die Änderungsliste in den Doppelhaushalt 2022/2023 übernommen. Die Finanzierung erfolgt aus der vom Gemeinderat gebildeten davon-Position "Klimaschutzfonds".
4. Das Management und die Öffentlichkeitsarbeit des Stuttgarter Klima-Innovationsfonds und des Stuttgarter Klima-Innovationsrats obliegen der Stabsstelle Klimaschutz. Mit der Aufstockung des Fondsvolumens werden auch die darin enthaltenen Budgets für das Management und die Öffentlichkeitsarbeit entsprechend angehoben und für die Jahre 2022 bis 2023 zusätzlich jeweils 55.000 Euro zur Verfügung gestellt (insgesamt 110.000 Euro). Nicht benötigte Finanzmittel werden zusätzlich zum Fördervolumen nach Absatz 1 für innovative Projekte im Jahr 2023 zur Verfügung gestellt.

Die Aufwendungen in Höhe von 110.000 EUR werden im Teilergebnishaushalt 810 - Bürgermeisteramt, Amtsbereich 8107015 - Referat Strategische Planung und Nachhaltige Mobilität, Kontengruppe 42510 - Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen gedeckt. Der Aufwand wird über die Änderungsliste in den Doppelhaushalt 2022/2023 übernommen. Die Finanzierung erfolgt aus der vom Gemeinderat gebildeten davon-Position "Klimaschutzfonds".

5. Der Oberbürgermeister wird Dr. Nadja Kabisch und Dr. Robert McDonald in den Stuttgarter Klima-Innovationsrat berufen, der somit neun Mitglieder umfasst. Das Stimmrecht dieser beiden zusätzlichen Mitglieder im Stuttgarter Klima-Innovationsrat beschränkt sich auf die Auswahl der Projekte der Förderlinie "Efeu". Der Gemeinderat nimmt die geplante Berufung in den Klima-Innovationsrat zustimmend zur Kenntnis.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

StRin Munk (90/GRÜNE) begrüßt die Aufnahme der naturbasierten Innovationen in das bereits laufende Programm. Hierbei gehe es um die Anpassung an die Klimafolgen. Auf Seite 6 im Anhang der GRDRs 1017/2021 sei in der Programmbeschreibung hinsichtlich der Begrünung von Flächen nicht die dritte Dimension aufgeführt (Begrünung von Fassaden usw.). In der Vorlage würden lediglich begrünte Dächer erwähnt, was aus Sicht ihrer Fraktion nicht ausreichend sei. Herr Diederich (S/OB Klimaschutz) betont, dieser Aspekt sei versehentlich vergessen worden. StRin Munk führt aus, es würden zudem weitere Informationen zu dem Aspekt der Beteiligung der externen Stelle benötigt.

Einigkeit bestehe darin, so StRin Schanbacher (SPD), die Sommer im Stuttgarter Kessel erträglicher zu gestalten. Daher müsse sich der Gemeinderat und die Stadtverwaltung aktiv damit beschäftigen, die LHS auf natürliche Weise abzukühlen, zudem sich die Situation weiter verschlechtern werde. Es stelle sich grundsätzlich die Frage, wie mit

dem Aktionsprogramm umgegangen werden sollte: Dieses sollte bekanntlich unter wissenschaftlicher Begleitung neu aufgestellt werden. Hierzu seien in den Beratungen zum Doppelhaushalt bereits einige Beschlüsse gefasst worden. Die Stadträtin erkundigt sich, ob in dieser Weise weiter vorgegangen werden sollte und auf diese Weise dem Aktionsprogramm vorgegriffen werden sollte. Es sei begrüßenswert, zusätzliche Gelder für eine externe Stelle einzustellen. Allerdings müsse die Funktion der später bei der Stabsstelle Klimaschutz ansässigen Person genau festgelegt werden.

Die vorgesehene Öffentlichkeitsarbeit mit externen Partnern müsse ebenso geklärt werden, so StRin Schanbacher. Diese Aspekte könnten durchaus im AKU diskutiert werden. Herr Kohlmeyer betont bezüglich von externen bzw. internen Mitarbeiter*innen, hierüber könne mit der beteiligten Nichtregierungsorganisation "The Nature Conservancy in Europe" (TNC) beraten werden. Herr Diederich ergänzt, eine Hauptaufgabe der neuen Mitarbeiter*in sei es, Partner zu identifizieren, die Kontakte zu Unternehmen oder Initiativen pflegen sollten. Diese Aufgabe könne die Stabsstelle mit ihrer jetzigen personellen Ausstattung in der Tiefe so nicht leisten. Es gehe des Weiteren um die Unterstützung und Ausarbeitung von Projekten. Im März werde die Klimakampagne und gleichzeitig die neue Runde des Klimainnovationsfonds starten. Daher müsste der/die neue Mitarbeiter/-in möglichst schnell angestellt werden und ein Netzwerk der Antragsteller*innen aufgebaut werden.

StR Kotz (CDU) betont, er gehe davon aus, die neue Förderlinie liege innerhalb des finanziellen Volumens des Klimainnovationsfonds.

Die weltweit agierende TNC verfüge über eine sehr gute Reputation, so StR Urbat (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei). Es gehe nicht lediglich um Dachbegrünungen, sondern u. a. um die Fassadenbegrünung und die Frage, wie generell mit Flächenbegrünungen umgegangen werden sollte (z. B. das Abgrasen von Wiesen durch Schafe). Grundsätzlich werde die neue Förderrichtlinie einen Mehrwert mit sich bringen.

StR Ozasek (PULS) betont, seine Fraktion begrüße die Aufnahme der neuen Programmlinie. Diese müsse allerdings in der Stadt auch umgesetzt werden. Das Thema Klimaanpassung stelle einen sehr wichtigen Aspekt für die LHS dar. Ziel müsse es sein, die Widerstandsfähigkeit der Stadt gegen veränderte Klimabedingungen zu schaffen. Hierzu würden innovative Lösungen benötigt. Es bestünden zahlreiche Grünsanierungsgebiete, in denen bereits seit langer Zeit keine Maßnahmen erfolgt seien. Mit dem Kompetenzzentrum Gebäudebegrünung und Stadtklima e. V. verfüge man über einen in der Region anerkannten wichtigen Partner, in dem die LHS seiner Auffassung nach Mitglied sei. Der Stadtrat regt an, mit diesem Verein in einen dauerhaften Dialog zu treten und dessen fachliche Kompetenz zu nutzen sowie möglicherweise eine Person aus dieser Institution in den Klima-Innovationsrat zu berufen.

Skeptisch sieht der Stadtrat die Zusammenarbeit mit der Nichtregierungsorganisation TNC. Unstrittig sei, dass dort eine Fachlichkeit bestehe, von der die Stadt profitieren könne. Allerdings sei die TNC eine konzernfinanzierte Umweltorganisation, die u. a. von Unternehmen wie British Petroleum oder Amazon finanziert werde, damit sich diese Unternehmen mit ihren Verdiensten für den Klimaschutz rühmen könnten (Greenwashing). Dieses Engagement müsse genau betrachtet werden, und der Fokus dürfe sich nicht verschieben. Herr Kohlmeyer ergänzt, lediglich das Onlinehandelsunternehmen Amazon unterstütze den TNC finanziell.

Die Arbeit im Rahmen der neuen Förderrichtlinie solle zügig gestartet werden, so StRin Munk. Sie zitiert aus der GRDRs 1017/2021, Stuttgart werde laut Prognosen des Deutschen Wetterdienstes zur heißesten Großstadt Deutschlands werden. Die LHS werde bis 2050 viermal so viele Hitzetage wie Berlin erhalten. Aufgrund dieser Aussagen müsse rasch externes Wissen genutzt werden.

Herr Diederich und Herr Kohlmeyer berichten daraufhin im Sinne der angehängten Präsentation und gehen hierbei auf einige der aufgeworfenen Fragen ein. Herr Diederich ergänzt, die aufgeführte Summe von 3 Mio. Euro stelle das Gesamtvolumen an Zuschüssen dar. Davon flössen 2,25 Mio. Euro aus dem städtischen Haushalt und 750.000 Euro aus dem Topf von TNC.

StR Kotz bekräftigt die Auffassung seiner Fraktion, die zusätzlich für das Projekt benötigten finanziellen Mittel aus dem 10 Mio. Euro umfassenden Budget des Klimainnovationsfonds zu finanzieren. Er stellt hierzu einen entsprechenden mündlichen Änderungsantrag, über den in der heutigen Sitzung entschieden werden solle. Er äußert sein Befremden über eine vorherige Äußerung, es werde in der LHS eine größere Anzahl an Hitzetoten geben. Dies würde voraussetzen, dass sich der Mensch nicht ebenso an Klimaveränderungen anpassen könne. Daher sei die vorgebrachte Theatralik nicht angebracht.

StR Urbat betont hierzu, in der Wissenschaft bestehe der Fachbegriff der "Kühlgrenztemperatur". Ab dieser Temperatur könne der menschliche Körper von sich aus nicht mehr kühlen, und die Person sterbe nach ein bis zwei Stunden an Überhitzung. Während bei einer einhundertprozentigen Luftfeuchtigkeit diese Kühlgrenztemperatur bereits ab 35 Grad Celsius erreicht werde, sei dies in sehr trockener Luft erst bei ab 50 Grad Celsius der Fall. Obwohl das Problem von Hitzetoten in der LHS nicht derart gravierend sei wie beispielsweise in Indien oder im Nahen Osten, betreffe es hierzulande dennoch ältere und sehr junge Menschen.

Diesen Ausführungen pflichtet StR Ozasek bei: So fänden derzeit dramatische, gravierende Klimaveränderungen in der LHS statt. Ohne entschlossenes Gegensteuern bestehe die Gefahr eines Hitzekollapses. Die enormen Konsequenzen der weiter zunehmenden urbanen Hitzewellen seien zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht einschätzbar. Weder Mensch noch Tier könnten sich evolutionär an die rasanten Veränderungen anpassen, genauso wenig wie die Pflanzenwelt. Der Stadtrat regt Hitzeaktionspläne an, um besonders in sozialen Einrichtungen und Altenheimen auf Notfallsituationen vorbereitet zu sein.

Herr Kohlmeyer betont, die Menschen würden weitere vielseitige Anpassungsstrategien an den Klimawandel entwickeln, um dessen Dramatik abzuschwächen. Dennoch sei hierbei die weitere Entwicklung völlig unklar. Daher könne er die Sorge vieler Menschen nachvollziehen. Die von StR Ozasek geforderte institutionelle und systematische Herangehensweise an das Thema begrüßt Herr Kohlmeyer. In der Verwaltung und im Bereich der Hochschulen bestünden bereits umfassende Kompetenzen bezüglich Klimaanpassungsmaßnahmen. Daher werde kein Wettbewerb gegenüber bereits laufenden Maßnahmen erzeugt. Es gehe darum, die Reichweite der Maßnahmen aus dem öffentlichen Bereich auf halböffentliche und private Flächen auszuweiten.

Hinsichtlich des Vorschlags von StR Kotz, die zusätzlich benötigten Mittel aus dem Budget des Klimainnovationsfonds zu entnehmen, betont StRin Schanbacher, für die

Neuaufsetzung des Programms sei eine wissenschaftliche Begleitung vorgestellt worden. Falls festgestellt würde, dass die Mittel hierfür nicht ausreichen, könne eine weitere Aufstockung stattfinden. Allerdings sei diese Vorgehensweise nicht vorteilhaft, da bereits im Vorhinein Beschlüsse gefasst würden, die den eigenen Handlungsspielraum verkürzten, obwohl zuvor 10 Mio. Euro verankert worden seien. Die Zusammenarbeit mit TNC begrüßt die Stadträtin grundsätzlich.

StR Rockenbach (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) zeigt sich bezüglich der ausführlichen Diskussion zum Klimainnovationsfonds überrascht. Neben dem Förderprogramm müsse die Gesamtstadt betrachtet werden, wobei die Stadtverwaltung bezüglich des Klimaschutzes zu träge agiere. Daher sei es richtig, dass die Stabsstelle Klimaschutz hierbei nach alternativen Wegen suche. Die Diskussion, aus welchem Topf die benötigten 3 Mio. Euro entnommen werden sollten, sei problematisch. Schließlich sei das finanzielle Budget begrenzt für die enorme Aufgabe des Klimaschutzes und somit nicht ausreichend. Angesichts der beschlossenen 8 Mio. Euro für die Weiterentwicklung der LHS zur Schwammstadt stellten die für das Förderprogramm benötigten Mittel eine überschaubare Summe dar. Hinsichtlich der Maßnahmen zur Klimaanpassung bestünden lediglich Planungshinweise, aber kein Aktionsprogramm. In den Haushaltsberatungen sollte betrachtet werden, wie das Thema breiter aufgenommen werden könne.

Die Überlegungen, die zusätzlichen Mittel aus dem bestehenden Budget zu stemmen, so Herr Kohlmeyer, seien nachvollziehbar. Allerdings müssten dann diese 3 Mio. Euro komplett finanziert werden, da die Vorgabe bei TNC in der Art bestehe, TNC leiste einen Anteil und erlöse drei Anteile. Das bedeute bei einem TNC-Anteil von 750.000 Euro, dass die Stadt 2,25 Mio. Euro beisteuern müsse. Diese Gelder müssten aus dem Klimaschutzaktionsprogramm entnommen werden. Falls die Mittel lediglich innerhalb des Innovationsfonds umgewidmet würden, würde die TNC-Vorgabe nicht erfüllt. Aus seiner Sicht wäre es allerdings problematisch, falls über die benötigten 3 Mio. Euro erst im Sommer oder Herbst nächsten Jahres entschieden werde.

Herr Diederich betont, es sei durchaus möglich, die benötigten Mittel aus dem 10 Mio. Euro umfassenden Budget des Klimainnovationsfonds zu finanzieren. Das erste Jahr des drei Jahre laufenden Fonds sei bereits abgelaufen, und 30 bis 40 Prozent der Gelder würden ausgeschöpft. Dies bedeute, es verblieben rund 6 Mio. Euro. Falls hiervon 3 Mio. Euro für das Programm der Klimaanpassung vorgesehen würden, schränke dies die restlichen Handlungsfelder des Fonds stark ein. Zudem lägen nicht genügend Anträge vor: Während im Bereich der Maßnahmen zur Abmilderung des Klimawandels sehr viele professionelle Anträge vor allem von Privatunternehmen vorgelegt worden seien, seien dies im Bereich der Klimaanpassung nicht derart viele gewesen.

StRin Munk bekräftigt ihren Wunsch nach einer zügigen Beschlussfassung zu diesem TOP in der heutigen Sitzung. Falls die zusätzlichen finanziellen Mittel aus dem Budget des Klimainnovationfonds entnommen würden, änderten sich dadurch die anderen Projektlinien, was von ihrer Fraktion zu keiner Zeit beabsichtigt gewesen sei. Im Rahmen einer Evaluierung könnte der Verlauf des Förderprogramms später reflektiert werden. Die Klimaanpassungsstrategie sei nicht lediglich in Bezug auf Hitzeperioden beantragt worden, sondern auf die gesamte Breite wie beispielsweise Starkregen. An BM Thurnau gerichtet betont die Stadträtin, in den letzten Doppelhaushaltsberatungen seien 200.000 Euro für die erste städtische begrünte Wand beschlossen worden. Es sei bedauerlich, dass diese bis zum heutigen Zeitpunkt noch nicht verwirklicht worden sei,

während im Privatbereich bereits Bäume auf Dächer gepflanzt würden. Sie äußert die Bitte an die Verwaltung, zu diesem Thema in einer der nächsten Sitzungen zu berichten.

Ein anderes Budget werde sich stets verringern, so StR Kotz, falls 3 Mio. Euro aufgebracht werden müssten. Seine Fraktion sei der Auffassung, in dem Klimainnovationsfonds stelle das neue Förderprogramm einen Teil hiervon dar. Er bekräftigt daher seinen mündlichen Antrag, die zusätzlichen Mittel aus diesem zu finanzieren und mit den neuen möglichen externen Partnern Gespräche darüber zu führen, ob sich diese unter dieser Maßgabe beteiligten. Ob die Gelder letztendlich aus dem Klimaaktionsprogramm oder dem Klimainnovationsfond fließen, stelle keinen wesentlichen Unterschied dar. Innovationen müssten nicht in jeder Stadt neu erfunden werden.

StRin Schanbacher betont, durch eine mögliche Entnahme der rund 3 Mio. Euro aus dem Innovationsfond würden der LHS eine knappe Mio. Euro an Drittmittel entgehen. Eine Kooperation mit TNC wäre zudem positiv zu beurteilen und würde die Bedeutung der Stadt in diesem Zusammenhang vergrößern. Wichtig sei es, die fachliche Leitung der Betreuung des Programms bei der Stadtverwaltung anzusiedeln und beim Personalauswahlverfahren beteiligt zu sein.

StR Kotz habe die perfekte Begründung dafür geliefert, so StR Rockenbauch, warum das Klimaaktionsprogramm finanziell aufgestockt werden müsse, da dessen Budget von 200 Mio. Euro nicht ausreichend sei. Eine Umverteilung von bereits beschlossenen Geldern sei nicht sinnvoll. Vielmehr sollten die 3 Mio. Euro aus dem Bereich der Klimaanpassung, in dem die Mittel nur zögerlich genutzt würden, entnommen werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt BM Thürnau zunächst den mündlichen Antrag von StR Kotz für die CDU-Fraktion zur Abstimmung, die zusätzlich für das Projekt benötigten Zuschüsse in Höhe von 3 Mio. Euro aus dem 10 Mio. Euro umfassenden Budget des Klimainnovationsfonds zu finanzieren, und stellt fest:

Der Ausschuss für Klima und Umwelt lehnt diesen Antrag bei 5 Ja-Stimmen, 9 Gegenstimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich ab.

Daraufhin stellt BM Thürnau die Beschlussvorlage GRDRs 1017/2021 zur Abstimmung und stellt fest:

Der Ausschuss für Klima und Umwelt stimmt dem Beschlussantrag bei 1 Enthaltung einmütig zu.

Zur Beurkundung

Haupt / pö

Verteiler:

- I. S/OB
zur Weiterbehandlung
Strategische Planung
Klimaschutz
weg. GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. L/OB
 3. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 5. Referat SWU
Amt für Umweltschutz
 6. Rechnungsprüfungsamt
 7. L/OB-K
 8. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktionsgemeinschaft PULS
 7. Fraktion FW
 8. AfD-Fraktion